

Kein Bundeswehreinsatz ohne Mandat der Vereinten Nationen - Internationales Recht stärken!

Bündnis 90 / Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern fordern angesichts der im September geführten Diskussionen zu einer möglichen Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen in Syrien das klare Bekenntnis der Bundesregierung, dass ein bewaffneter Bundeswehreinsatz nur unter der Prämisse eines VN-Mandats diskutiert werden kann.

Ein Bruch des Völkerrechts, wie er im Syrienkrieg an verschiedenen Orten und von verschiedenen Akteuren stattfindet, darf nicht durch einen weiteren Bruch des Völkerrechts beantwortet werden. Vielmehr muss die Antwort darauf ein klares Bekenntnis sein, sich selbst weiter an geltendes internationales Recht gebunden zu sehen. Jede Überlegung in eine andere Richtung führt unweigerlich zu einer weiteren Erosion der Position der Vereinten Nationen, der wichtigsten Institution zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte.

Um internationalem Recht wieder zur Geltung zu verhelfen reicht es aber nicht aus, auf eine eigene Beteiligung an nicht durch VN-Mandate gedeckten Militäroperationen zu verzichten. Vielmehr muss sich die Bundesregierung auch dafür einsetzen, dass andere Nationen sich an das Völkerrecht halten. In erster Linie gilt es dabei eigene Bündnispartner aus der EU und der NATO für ihre Missachtung des Völkerrechts zu kritisieren. Wenn, wie im Falle der Angriffe der USA, Frankreichs und Großbritanniens im April diesen Jahres diese von Seiten der Bundeskanzlerin als „erforderlich und angemessen“ bezeichnet werden, nimmt das Völkerrecht weiter Schaden. Gleiches gilt für die zurückhaltende Kritik am völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Nordsyrien. Jeder Appell der das Einhalten von international geltendem Recht von den beteiligten Konfliktparteien fordert, wird vor diesem Hintergrund unglaubwürdig.

Bündnis 90 / Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern lehnen eine Beteiligung Deutschlands an extralegalen „Koalitionen der Willigen“ ab. Stattdessen wollen

wir daran arbeiten, Deutschland wieder als glaubhaften Fürsprecher friedlicher Konfliktlösung und akzeptierten Vermittler in internationalen Konflikten zu etablieren. Die konsequente Einhaltung des Völkerrechts ist dafür unerlässlich und ein erster notwendiger Schritt hin zu einer Kultur der Gewaltfreiheit.